

**Zörner, Otto Ernst** ♂ MdR, NSDAP-Politiker, Kaufmann, Oberbürgermeister von Dresden, ★ 27.06.1895 Nordhausen, † 31.12.1945 k.A..

**Vater:** Friedrich Wilhelm Ernst (1859–1917), Kaufmann; **Mutter:** Friederike Wilhelmine Emma Louise, geb. Heindl (1862–1930); **Geschwister:** Fritz (1884–1933), Kaufmann; Helene (1886–1944); Margarete (1888–1960); Walter (1897–1950), Kaufmann; ♂ 1927 Hanneliese, geb. Seydelmann (1907–1933); **Tochter:** Hannelore (Lore) (★ 1927); Liselotte (★ 1928); Dörte (1932–2009); 2. ♂ 1935 (gesch. 1944) Hildegart Erna Klara Barbara, geb. Schack (1913–1985).

Nach Abschluss des Realgymnasiums mit Obersekundar-Reife in Braunschweig und dreijähriger kaufmännischer Ausbildung absolvierte Z. drei Semester an der Höheren Handelsschule in Hannover. 1914 bis 1918 nahm er als Kriegsfreiwilliger am Ersten Weltkrieg teil; nach Verwundungen 1915 wurde er Leutnant der Reserve. Ab Kriegsende bis 1.10.1919 gehörte er dem Grenzschutz Ost in Danzig (poln. Gdańsk) an. Anschließend arbeitete er als Kaufmann in Braunschweig und machte sich bald selbstständig. – Z.s aktive Tätigkeit in der nationalsozialistischen Bewegung begann Ende 1922; sein NSDAP-Mitgliedsbuch (Mitgliedsnummer 3.218) weist als Eintrittsdatum den 4.5.1925 aus. Er war mit Unterbrechung Ortsgruppenführer in Braunschweig, wurde 1928 der erste und einzige NSDAP-Stadtverordnete und stand 1931 bis 1933 der NSDAP-Stadtverordnetenfraktion vor. Im September 1930 war Z. in den Landtag und mit den Stimmen der bürgerlichen Einheitsgruppe zu dessen Präsidenten gewählt worden. Als Abgeordneter des Wahlkreises 16 (Südhanover-Braunschweig) war er von Juli 1932 bis November 1933 Mitglied des Reichstags, ab 21.3.1933 amtierte er als 3. Vizepräsident. – Nach seiner Bewerbung auf die freie Oberbürgermeisterstelle in Dresden wählten ihn die Stadtverordneten am 3.7.1933; am 1.8. trat er das Amt an. Damit stand Z. an der Spitze der städtischen Verwaltung und war Ratsvorsitzender, Vorsitzender der 1. Ratsabteilung, Leiter des Stadthauptamts und Vorsitzender in

den Rats- und gemischten Ausschüssen. Die bereits eingeleitete nationalsozialistische Neuordnung der Stadtverwaltung führte er nach dem „Führerprinzip“ weiter, bekräftigt durch die Deutsche Gemeindeordnung von 1935. Die Gesamtratssitzungen, bisher beschließende Körperschaft, wurden durch die Dienstbesprechungen des Oberbürgermeisters mit den Stadträten (Beigeordneten) ersetzt. Bei der Auswahl der neuen ehrenamtlichen Beigeordneten am 31.3.1935 stimmte sich Z. mit NSDAP-Kreisleiter Hellmut Walter ebenso ab wie bei der Neubildung der am 30.1.1935 aufgelösten Stadtverordnetenversammlung. Die am 29.3.1935 berufenen 24 Stadtverordneten, die jetzt nur noch beratende Funktion innehatten, wählten dann in nichtöffentlicher Sitzung Z. zu ihrem Vorsteher. Als im Oktober 1935 die Stadtverordneten (nun als Ratsherren bezeichnet) wiederberufen und verpflichtet wurden, schwor Z. sie auf „besondere Treuepflicht gegen ihre Gemeinde“ ein. Z. ließ im Oktober 1935 die Stadtverfassung von 1924 durch die Hauptsatzung der Landeshauptstadt Dresden ersetzen. Damit fand die nationalsozialistische Umgestaltung der Stadtverwaltung ihren vorläufigen Abschluss. Nach Z. sollte das „Rathaus allzeit eine Festung Adolf Hitlers sei[n], in der Ordnung, Recht und Freiheit im Sinne der vom Führer uns vorgelebten nationalsozialistischen Weltanschauung herrsche“ (Großmann, S. 19). – Als offizieller Vertreter der Stadt wirkte Z. in zahlreichen Gremien, so als Aufsichtsratsvorsitzender örtlicher Einrichtungen, im Kulturausschuss des Deutschen Gemeindetags, im Vorstand der Landesdienststelle des Deutschen Gemeindetags, im Aufsichtsrat der Deutschen Bau- und Bodenbank, in der Wirtschaftsberatung Deutscher Gemeinden und ab 1935 im Reichskultursenat. Er war zudem Vorsitzender des sächsischen Landesverbands des Volksbunds für das Deutschtum im Ausland. – Dresden hatte in den 1930er-Jahren ca. 642.000 Einwohner, von denen große Teile dem Nationalsozialismus sehr aufgeschlossen gegenüberstanden. Das war mit ein Verdienst von Z., der wirkungsvoll wirtschaftliche Erfolge mit nationalsozialistischer Ideologie verband. Unmittelbar nach Amtsantritt leitete er mit großem propagandistischen Aufwand umfangreiche städtische Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ein. Auch die in seiner Amtszeit vielbeachteten Kulturereignisse, wie die Reichs-Theaterfestwoche (27.5.-3.6.1934), die Richard-Strauß-Festwoche (11.-17.6.1934), das Reichs-Schütz-Fest (17.-19.5.1935) und die Felix-Draeseke-Gedenkwoche

(16.-24.11.1935) wurden nationalsozialistisch instrumentalisiert. Z.s Einfluss auf das Kunst- und Kulturgesehen in Dresden verstärkte sich durch die Übernahme der Führung des Sächsischen Kunstvereins im Februar 1934 und mit der unmittelbaren Unterstellung des im Juli 1934 gegründeten städtischen Kulturamts. Im Bereich der Bildenden Kunst gipfelte die „Säuberung“ der städtischen Kunstsammlung in der Ausstellung „Entartete Kunst“ im Lichthof des Rathauses. Alle Ankäufe von Werken lebender Künstler für die städtischen Sammlungen fanden unter Z.s Vorsitz statt. Die Dresdner Kunstaussstellung hatte jährlich einen Überblick zur „Wiedergesundung der deutschen Kunst“ zu geben. 1937 begründete Z. einen Kunstpreis der Landeshauptstadt Dresden als Dank und Anerkennung den „Künstlern deutschen Stammes für hervorragende Leistungen“. – Z. gelang es, durch Ausnutzung der Subventionsprogramme des Reichs für Dresden sichtbare Ergebnisse im Städte- und Wohnungsbau zu erreichen, wie z.B. die beginnende Altstadtanierung, der Ausbau von Kleinsiedlerstellen sowie die Neugestaltung des Neustädter Elbufers. Er verband städtische Interessen auch mit übergeordneten parteipolitischen Vorhaben, so beim Bau eines „Forums für nationalsozialistische Kundgebungen“ mit Aufmarschgelände am Königsufer und bei dem geplanten „Gauforum“ auf einem „Adolf-Hitler-Monumentalplatz“. Dazu gab es einen Ideenwettbewerb unter Z.s Vorsitz im Preisgericht, die Weiterführung des Projekts scheiterte jedoch am zunächst nachlassenden Interesse Hitlers. Z. deklarierte Dresden mit seinen Gesundheits- und Forschungseinrichtungen, u.a. auf dem Gebiet der Rassenhygiene, auch als „Stadt der Volksgesundheit“. – Auf zahlreichen Propagandaveranstaltungen verkörperte Z., oft in NSDAP-Uniform, den Vertreter nationalsozialistischer Macht, gab sich bei anderen Anlässen aber auch sehr volksnah. Er war in kurzer Zeit zu einer bekannten Persönlichkeit mit starker Ausstrahlung geworden; die Presse behandelte ihn als Symbolfigur des „nationalsozialistischen Aufbaus“. Dadurch geriet Z. in Konflikt mit NSDAP-Gauleiter und Reichsstatthalter von Sachsen Martin Mutschmann. Am 11.6.1937 ordnete der sächsische Innenminister Karl Fritsch, von Mutschmann beauftragt, die Beurlaubung von Oberbürgermeister Z. an. Obwohl Reichsinnenminister Wilhelm Frick für das Verbleiben Z.s im Amt eintrat, entschied Hitler Ende Juni 1937 im Sinne Mutschmanns. Gegen seine Entlassung wehrte sich Z. mit einer Denk-

schrift, die er als Träger des Goldenen Ehrenzeichens der NSDAP an das Oberste Parteigericht in München richtete - allerdings erfolglos. Doch Hitler, der Z.s Dienste um seine Einbürgerung in Braunschweig 1932 nicht vergessen hatte, wünschte für ihn eine angemessene „Weiterverwendung“. – 1938 wurde Z. Leiter und Präsident der neu geschaffenen Durchführungsstelle für die Neugestaltung der Reichshauptstadt. Unmittelbar nach Beginn des Zweiten Weltkriegs übernahm er Aufgaben im Generalgouvernement: Ende September 1939 wurde er Stadthauptmann von Krakau (poln. Kraków), ab 21.2.1940 vertrat er als Gouverneur des Distrikts Lublin die deutsche Besatzungspolitik in Polen. Er war damit einbezogen in die Ausplünderung des Lands und die Vernichtung der jüdischen und polnischen Bevölkerung. Als Z. aus wirtschaftspolitischen Gründen gegen die Aussiedlung von Polen aus dem Gebiet Zamość protestierte, wurde er am 10.4.1943 auf Druck von Heinrich Himmler seines Postens enthoben. Er kehrte nach Dresden zurück und stand „zur besonderen Verwendung“ für den Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion. Im August 1944 erhielt Z. aus dem Persönlichen Stab des Reichsführers SS die Mitteilung, dass er künftig nur außerhalb des staatlichen Bereichs eingesetzt würde. Schließlich diente er als Leutnant der Wehrmacht in einer Ersatzeinheit in Beraun (tschech. Beroun) südwestlich von Prag. Dort verlieren sich Anfang Mai 1945 seine Spuren. Zum 31.12.1945 wurde Z. für tot erklärt. \_\_\_\_\_

**Quellen:** Dresdner Anzeiger 1933-1937, Dresdner Freiheitskampf 1933, Die Verwaltung der Stadt Dresden 1933-1936, Dresden 1935-1938; Bundesarchiv Berlin, Oberstes Parteigericht, Reichskanzlei und NSDAP-Kartei; Stadtarchiv Dresden, Ratssitzungsprotokolle, Stadtverordnetenakten.

**Literatur:** [K.] Großmann, Die Fünfundzwanzigjahrfeier des Dresdner Rathauses, in: Dresdner Jahrbuch und Chronik 1936, Dresden o.J.; H. Matzerath, Oberbürgermeister im Dritten Reich, in: G. Hirschfeld/L. Kettenacker (Hg.), Der „Führerstaat“: Mythos und Realität, Stuttgart 1981, S. 245f.; J. Noakes, Oberbürgermeister and Gauleiter, in: ebd., S. 212-214; B. Musial, Deutsche Zivilverwaltung und Judenverfol-

gung im Generalgouvernement, Wiesbaden 1999, S. 399f.; C. Wolf, Gauforen, Berlin 1999; R. Bein, Zeitzeichen. Stadt und Land Braunschweig 1930-1945, Braunschweig 2000, S. 283f.; C. Hermann, Oberbürgermeister der Stadt Dresden Ernst Z. und Stellvertreter Eduard Bühler, in: Dresdner Geschichtsbuch, hrsg. vom Stadtmuseum Dresden, Bd. 6, Altenburg 2000, S. 199-218 (P); A. Wagner, „Machtergreifung“ in Sachsen, Köln/Weimar/Wien 2004, S. 361-363. – DBA II, III; Reichstags-Handbuch, VIII. Wahlperiode 1933, Berlin 1933, S. 315; M. Schumacher (Hg.), M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus, Düsseldorf 1994, S. 575; H.-R. Jarck/G. Scheel (Hg.), Braunschweigisches Biographisches Lexikon 19. und 20. Jahrhundert, Hannover 1996, S. 674f.; J. Lilla (Bearb.), Statisten in Uniform, Düsseldorf 2004, S. 751f; M. Roth, Herrenmenschen. Die deutschen Kreishauptleute im besetzten Polen - Karrierewege, Herrschaftspraxis und Nachgeschichte, Göttingen 2009, S. 513.

**Portrait:** Büro des Reichstags (Hg.): Reichstags-Handbuch 1933, VII. Wahlperiode, Verlag der Reichsdruckerei, Berlin 1933 (Bildquelle).

Christel Hermann

9.12.2011

Empfohlene Zitierweise: Christel Hermann, Zörner, Otto Ernst, in:

Sächsische Biografie, hrsg. vom Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde e.V.

Online-Ausgabe: <https://www.isgv.de/saebi/> (8.8.2024)

**Normdaten:**

Permalink: <https://saebi.isgv.de/gnd/130406597>

GND: 130406597

SNR: 25490

**Bild:**



PDF-Erstellungsdatum: 8.8.2024

LaTeX-PDF